

Die englische Handelspolitik.

△ London, 17. März. (Priv.-Tel., zf.) Auf die sinnlose Bewegung gegen den Freihandel in England folgen nun besonnenere Kundgebungen. So schreibt die „Nation“ im Hinblick auf die internationale Konferenz in Paris:

Die Handelspolitik Englands ist eine Angelegenheit, die uns ganz allein angeht, und die keineswegs dem Gutachten der Schutzmächte unterworfen werden kann, und solange diese Politik auf die freie Einfuhr von Nahrungsmitteln für unser Volk und von Rohmaterialien für unsere Fabrikanten begründet ist, so kann nur eine Erruption sie ändern. Wir können vollständig sympathisieren mit dem Wunsche, unseren Verbündeten ihre eigenen Hilfsmittel und ihre Kreditquellen in den schwierigen Tagen, die dem Kriege folgen, zu sichern, und vor allen Dingen an sich selbst zu denken. Auch die deutschen Kaufleute müssen erwarten, daß sie unter den Folgen des Krieges sehr schwer zu leiden haben werden. Aber wenn man jetzt von uns fordert, daß wir erklären, überhaupt nicht mehr von unseren Begnern kaufen zu wollen und daß wir auf diese Weise unsere Gegner auffordern, auch nicht mehr von uns zu kaufen, so muß sich England vor allen Dingen vor Augen halten, was eine derartige Aenderung unserer Handelsbeziehungen mit sich bringen würde. Bradford und Aberdeen würden schon das ihrige zu sagen haben und ebenso die Ostküste, deren Gases nach den Untergang ihres Ueberseehandels mit ansehen müßten. Der „Economist“ hat gezeigt, daß von 1890 bis 1911 die englische Ausfuhr nach Deutschland um 105 pCt. zugenommen hat. Die Baumwolle- und Wollausfuhr betrug im Jahre 1915 17 Millionen Pfund und die Fabriken von Bradford lieferten in den letzten Jahren stets anwachsende Mengen von Garn und ähnlichen Artikeln nach Oesterreich und Deutschland.)

Alles das ist eine rein häusliche Angelegenheit Englands und wir hoffen, daß sie streng von den Debatten der Wirtschaftskonferenz ferngehalten werden, und sie muß auch gänzlich von der Fortführung des Krieges unabhängig gemacht werden. Was Deutschland heute bedeutet, wissen wir nur zu gut, aber wir wissen nicht, was Deutschland am Ende des Krieges sein wird. Mit Deutschland müssen wir und das übrige Europa wirtschaftlich arbeiten, und es würde eine schwere Last für unser Gewissen sein, wenn wir einen durch den Krieg zerrütteten Kontinent einen Frieden aufzwingen, der ihn von neuem zerreißt.

Der „Economist“ schreibt, die Regierung habe nicht das Recht, das Parlament durch ein geheimes Handels-tarifabkommen mit den Verbündeten zu verpflichten. Niemand wisse besser als Herr Asquith und seine liberalen Kollegen, daß sie fest und unwiderruflich durch eine Anzahl von Reden und Zusicherungen vor den Wählern des Vereinigten Königreichs verpflichtet sind, die Freihandelspolitik unbeschädigt aufrecht zu erhalten.

Der „Economist“ erinnert an verschiedene frühere Erklärungen der Minister Crewe, Gren und Asquith, die alle sich als Gegner der Schutzölle bekannten. So sagt Asquith im Juli 1904, daß nicht allein nur der wirtschaftliche Fortschritt Englands, sondern auch seine guten Beziehungen zu dem übrigen Teil des Reiches auf dem Felsen des Freihandels gegründet seien. Die Halbheit sei unmöglich. Entweder Freihandel oder Schutzzoll, alles andere sei Unsinn. Asquith habe drei Wahlkampagnen als Verteidiger dieses Felsens gewonnen. Will er jetzt den Felsen verlassen und auf den Unsinn lossteuern? Wir hoffen, daß Asquith bereit ist, dem Angriff Widerstand zu leisten. Nieher würde der „Economist“ noch Asquith als den Freihandel opfern.

Ein angesehenen Geschäftsmann veröffentlicht im „Economist“ fünf Gründe gegen den Tarifkrieg mit Deutschland.

1. würde ein Tarifkrieg wie jeder andere Krieg beide Parteien schädigen.
2. sei es absolut nicht gesagt, daß eine inländische Produktion an die Stelle der vom Schutzzoll getroffenen Artikel treten würde. Auch würde keineswegs die Kaufkraft Englands auf dem Weltmarkte gestärkt werden.
3. würden wahrscheinlich hierdurch die Vereinigten Staaten auf Kosten Englands gekräftigt,
4. würden ganz gewiß die wertvollen Märkte in Deutschland für England geschlossen und wenn der Tarifkrieg wirksam würde, so würde er die Finanzkraft Deutschlands zerstören, und es ihm unmöglich sein, seine Schulden oder Schadenersatzleistungen zu zahlen,
5. sei es sehr wahrscheinlich, daß nur einige Ka-

pitalisten und nicht das Volk als Ganzes von diesem Tarifkrieg profitieren würden.

△ London, 16. März. (Priv.-Tel., zf.) Reuter meldet: Von den 22 neuen Vorstandsmitgliedern der Handelskammer von Manchester haben sich 18 Mitglieder verpflichtet, mit Deutschland keinen Handel mehr zu treiben. (Bekanntlich ist der vorige Vorstand der Handelskammer zurückgetreten, da er sich gegen die unsinnige Antifreihandelsbewegung sträubte.)